

ES STÄRKT!

RECHT AUF GESUNDHEIT

1. Die Grundlage:

In unserem Grundgesetz steht in Artikel 2, Absatz 2: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Das bedeutet auch: Der Staat ist verantwortlich für die Gesundheit der Menschen. Dafür gibt es ein Gesundheitssystem. Es besteht vor allem aus Krankenhäusern und Krankenkassen und natürlich Ärzten für die krankenversicherten Menschen.

Damit die Menschen gesund bleiben, muss man aber auch krankmachende Dinge vermeiden. Das sind zum Beispiel schlechte Arbeitsbedingungen, zu viel Autoverkehr mit Lärm und Abgasen, Verschmutzung von Lebensmitteln bei der Herstellung und beim Verkauf, zu wenig gute Wohnungen und noch vieles andere.

Die Versorgung von kranken Menschen gehört natürlich auch dazu, sie ist aber nur ein Spezialbereich.

2. Wir meinen:

Wir müssen das deutsche Gesundheitssystem besser machen. Denn es schließt einige Menschen aus oder sie haben große Mühe ihr Recht durchzusetzen. Das sind:

- Menschen über 55 Jahre, die früher privat krankenversichert waren. Sie können die teuren Beiträge nicht mehr bezahlen.
- Menschen aus Ländern der Europäischen Union ohne Versicherung.
- Menschen ohne Wohnung, oder die gerade aus dem Gefängnis entlassen wurden.
- Menschen, die hier Asyl beantragt haben.
- Menschen, die keine gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland haben.
- Patienten und Patientinnen, die seelisch krank sind. Sie finden oft keinen Arzt und haben keine soziale Versorgung an ihrem Wohnort.

3. Benötigt werden:

- Mehr Krankenkassenärzte am Wohnort.
- Mehr Betreuung mit genug Geldmitteln für Menschen, die Hilfe brauchen. So können zum Beispiel seelisch kranke Menschen oder Menschen in einer Lebenskrise an ihrem Wohnort betreut werden. Sie können zuhause wohnen bleiben und müssen nicht in eine Klinik.
- Mehr einfach zu erreichende Hilfe, z.B. für Menschen ohne Wohnung.

KIRCHE
findet
STADT

ES IST NÖTIG!

DEMOKRATIE UND BILDUNG

1. In einem Land mit einer demokratischen Regierungsform sollen alle Menschen gerecht behandelt werden und ein gutes Leben haben. Dieses Ziel erreichen wir in Deutschland heute nicht gut. Denn die Interessen der Wirtschaft und die Interessen einzelner Gruppen scheinen wichtiger zu sein, als die Interessen aller anderen Menschen. So erleben viele Menschen, dass es soziale Gerechtigkeit für sie nicht gibt. Sie nutzen daher die demokratischen Möglichkeiten, wie zum Beispiel wählen gehen, immer weniger.

2. Um das zu verändern, müssen wir überall in der Politik und in der Gesellschaft gute Bedingungen schaffen. Und zwar:

- Den Lobbyismus stark einschränken. Das heißt: Einzelne Menschen aus der Wirtschaft oder kleine Gruppen dürfen ihre Interessen nicht so einfach bei der Politik durchsetzen.
- Politik und Wirtschaft müssen so miteinander funktionieren, dass die Politik über wirtschaftlichen Interessen steht.
- Möglichkeiten schaffen, dass alle Menschen bei wichtigen Entscheidungen mitreden können.
- Die Menschen unterstützen, die in ihrer Freizeit anderen Menschen helfen.

3. Ein Weg dahin ist: mehr Geld für Schulen und damit für Bildung und Ausbildung. Denn Schulbildung muss für alle Menschen möglich sein, egal wo sie herkommen. Das gilt auch für Kinder mit Eltern, die keine oder wenig Schulbildung haben.

Die Schulen und Universitäten fördern im Moment nur die besten und leistungsstärksten Schüler und Schülerinnen. Auch das muss sich ändern. Schulen und Universitäten müssen alle fördern und allen die gleichen Möglichkeiten und Chancen für ihre Entwicklung bieten.

KIRCHE
findet
STADT

ES REICHT!

ARMUT UND VERMÖGEN

1. Der deutschen Wirtschaft geht es sehr gut. Trotzdem wird der Unterschied zwischen dem Leben von armen Menschen und dem von reichen Menschen immer größer. Das liegt auch an der Politik. Eigentlich soll sie Armut verhindern. So soll sie zum Beispiel den Arbeitslosen zu einer guten Arbeitsstelle verhelfen. Aber die Politik hat unsichere und schlecht bezahlte Arbeit gefördert und damit der Wirtschaft geholfen. Viele Firmenbesitzer sind deshalb reich geworden und viele Menschen sind arm, obwohl sie Arbeit haben.

Was können wir dagegen tun? Da gibt es zum Beispiel das bedingungslose Grundeinkommen: Alle Menschen bekommen jeden Monat vom Staat einen bestimmten Geldbetrag. Davon können sie mit ihren Familien leben. Über das bedingungslose Grundeinkommen reden wir in Deutschland schon lange. Wir müssen uns damit und mit anderen brauchbaren Möglichkeiten zu einer gerechten Umverteilung beschäftigen.

2. Männer werden viel leichter reich als Frauen. Das hat vor allem zwei Ursachen:

- a) Frauen leisten sehr oft Sorgearbeit. Das heißt, sie arbeiten in schlecht bezahlten sozialen Berufen wie Erzieherin oder Altenpflegerin. Oder die Frauen pflegen kranke und alte Familienmitglieder.
- b) Viele Menschen haben noch eine traditionelle Vorstellung von den Rollen der Geschlechter. Sie glauben zum Beispiel, dass die Männer das Geld verdienen müssen und die Frauen für die Familie und den Haushalt zuständig sind.

Hier müssen die Parteien alle Gesetze und Vorschriften prüfen, zum Beispiel die Steuer- und die Rentengesetze: Fördern oder verhindern diese Gesetze die Armut von Frauen? Außerdem sollten die Politiker mit Vereinen, Kirchen und anderen Organisationen sprechen. Sie können gemeinsam überlegen, was man tun kann.

Zum Beispiel: die Sorgearbeit besser bezahlen, Frauen und vor allem auch Männer unterstützen, die anders leben, als die Tradition es sagt.

3. Die armen Länder im Süden unserer Erde bezahlen Wohlstand und Wachstum der reichen Länder im Norden. Der Wissenschaftler Stephan Lessenich sagt: Die Menschen in den nördlichen Ländern konsumieren sehr viel. Das heißt, sie verbrauchen sehr viele Waren und Güter. Die Kosten und die Probleme haben aber die Menschen in den südlichen Ländern. Da sind zum Beispiel große und lange wirkende Schäden in der Natur und am Klima, schlechte Lebensbedingungen, unsichere Arbeitsbedingungen und eben Armut.

4. Der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ meint: Wer reich ist, trägt auch Verantwortung für andere Menschen. Dieser Grundsatz scheint heute nicht mehr zu gelten.

KIRCHE
findet
STADT

DER DEMOKRATIE
EINEN PLATZ GEBEN!



BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE STADTENTWICKLUNG
UND GEMEINWESENARBEIT



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU

textwerk Darmstadt · G. Kaisinger



ES IST ZUKUNFT!

MIGRATION • INTEGRATION • INKLUSION

Das heißt für uns:

Migration: Menschen wandern in Deutschland ein.

Integration: Die Migranten gewöhnen sich in Deutschland ein, sie werden gut ins Bestehende aufgenommen.

Inklusion: Alle Menschen können überall dabei sein und mitmachen. Es entsteht etwas neues Gemeinsames.

1. Einige Menschen, die Politik machen, wollen es nicht zulassen, dass sich Migranten und Migrantinnen in Deutschland gut eingewöhnen. Im Gegenteil: Diese Politiker sorgen dafür, dass die Migrantinnen nicht überall dabei sein und wirklich mitmachen können.

2. Das individuelle Grundrecht auf Asyl sagt: Menschen, die in Deutschland um Schutz und Aufnahme bitten, müssen aufgenommen werden. Der Staat unterscheidet aber zwischen „sicheren“ Herkunftsländern und „unsicheren“ Herkunftsländern. In unsicheren Ländern gibt es Krieg und Kämpfe. Migranten aus diesen Ländern dürfen in Deutschland bleiben. In sicheren Ländern gibt es gerade nicht überall Krieg oder Kämpfe. Migrantinnen aus diesen Ländern dürfen nicht hierbleiben. Diese Unterscheidung fördert Feindschaft unter den Gruppen der Migranten und macht sie zu Konkurrenten. Und die aktuelle Politik, die Flüchtlinge nur abwehren will, sorgt für Ablehnung der Menschen.

3. Soziale Probleme wie z.B. zu wenige Wohnungen entstehen nicht durch die Zuwanderung. Auch der große Unterschied zwischen dem Leben der armen Menschen und dem der Reichen kommt nicht durch die Zuwanderung. Aber durch sie sieht man die Probleme viel deutlicher.

Wer den Migrantinnen und Migranten die Schuld für Mangel an Wohnungen und soziale Ungleichheit gibt, ruft Angst hervor: Angst bei den Menschen, die hier schon immer leben. Denn sie glauben, dass die staatliche Hilfe nicht für alle reicht. Und Angst bei den Migranten. Sie spüren, dass man sie nicht haben will. So verdeckt die Angst die wirklichen Ursachen der Probleme.

4. Viele Programme der staatlichen Hilfe sind sehr kompliziert. Sie unterstützen auch immer nur einzelne Vorhaben und reichen meistens nicht lange. Das Helfen ist so sehr schwierig. Wir meinen: Wenn man die vielen komplizierten Programme zu einem großen einfachen Programm zusammenlegt, kann man vielen Menschen besser und für lange Zeit helfen.

5. Wir dürfen den Menschen keine Angst vor Zuwanderung machen. Wir dürfen nicht noch mehr Zäune bauen, die Migranten fernhalten sollen. Wir müssen uns stattdessen gründlich mit wichtigen sozialen Fragen beschäftigen: Wie kriegen wir genug Wohnungen, gute Bildung und gute Arbeit für alle Menschen? Alle Projekte und Programme für Integration und Inklusion nützen nichts ohne gute Antworten auf diese Fragen.

ES IST ENG!

WOHNEN

1. Wir meinen: Neue Wohnungen zu bauen gehört zur Sozialpolitik. Das heißt: Der Staat sorgt dafür, dass benachteiligte Menschen besser leben können, zum Beispiel Menschen mit einer Behinderung oder Menschen mit wenig Geld. Er sollte auch eine gute Nachbarschaft fördern und für soziale Angebote am Ort sorgen.

2. Der Staat muss Wohnungen für alle schaffen, auch für Menschen, die wenig Geld haben. Er kann das mit dem Geld aus den Steuereinnahmen bezahlen. Das ist seine Aufgabe. Leider sehen wir nicht, dass die verantwortlichen Politiker sich gut um diese Aufgabe kümmern. Gerade in den Städten gibt es viel zu wenige Wohnungen. Bisher wurde nicht genug getan, um das zu ändern. Die Mietpreisbremse legt zum Beispiel fest, wie viel Miete ein Vermieter höchstens nehmen darf. Sie funktioniert aber nicht. Und noch was: der Staat unterstützt beim Wohnungsbau oft die falschen Leute.

3. Viele Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden auch in den nächsten Jahren keine Wohnung finden. Denn es gibt einfach zu wenige. Der Staat unterstützt den Bau von Wohnungen durch die sogenannte öffentliche Wohnraumförderung. Ihr Aufbau und ihre Arbeit passen aber nicht zu den Problemen auf dem Wohnungsmarkt. Man kann nämlich mit Wohnungen viel Geld verdienen. Sie sind deshalb zu einer Ware auf dem Markt geworden. Die auf diesem Markt tätigen Menschen wollen keine günstigen Wohnungen für alle bauen. Sie wollen möglichst viel Geld damit verdienen.

4. Die Städte und Gemeinden haben zu wenig Geld für die Wohnraumförderung. Sie brauchen dringend Hilfe. Der Staat und die Bundesländer müssen Geld für die öffentliche Wohnraumförderung geben, Geld für den Bau von neuen bezahlbaren Wohnungen.

ES VERBINDET!

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

1. Über zwei Millionen Kinder und ihre Eltern leben heute von Arbeitslosengeld 2, auch Hartz 4 genannt. Die Eltern sind seit langer Zeit ohne Arbeit, sie bekommen Geld zum Leben vom Staat. Gleichzeitig gibt es immer mehr arme alte Menschen. Denn viele Menschen arbeiten für sehr wenig Geld oder auch sie sind lange Zeit arbeitslos. Diese Menschen bekommen im Alter nur sehr wenig Rente. Armut gibt es daher bei allen Altersgruppen: Kindern und Eltern, jungen und alten Menschen.

2. Allen Altersgruppen soll es in unserem Land gut gehen. Jede Generation braucht Unterstützung - also Kinder, Eltern und alte Menschen. Deshalb muss der Staat das vorhandene Geld gerecht verteilen.

Eine gerechte Verteilung bedeutet:

- Alle Menschen haben Zugang zu Bildung und Arbeit.
- Alle Menschen haben eine Wohnung.
- Alle Menschen haben eine gute Gesundheitsversorgung.

3. Wir brauchen gründliche Reformen:

- Bei der Grundsicherung: genug Geld zum Wohnen und Leben.
- Bei der Rente: keine Armut im Alter mehr.
- Beim Schul- und Bildungswesen: Schule und gute Bildung für alle.
- Bei der Gesundheitsversorgung: Hilfe für alle kranken Menschen. Nur so gibt es mehr Generationengerechtigkeit.

4. Wir müssen alle politischen Entscheidungen nach ihren Folgen beurteilen. Folgen für uns heute und für alle Menschen, die nach uns geboren werden.

ES BETEILIGT!

ARBEIT UND TEILHABE

1. Ein gutes Leben und die Möglichkeit der Teilhabe hängen derzeit vor allem von drei Dingen ab: einer gut bezahlten Arbeit, dem Geschlecht und der Herkunft. Das heißt: Wer eine gute Arbeit hat, kann überall mitmachen und mitbestimmen. Männer zum Beispiel haben es dabei oft leichter als Frauen.

Der Wirtschaft in Deutschland geht es gut. Die Firmen suchen dringend Leute mit einer guten Ausbildung. Aber viele Menschen haben trotzdem lange Jahre überhaupt keine Arbeit. Andere verdienen bei ihrer Arbeit viel zu wenig. Sie können mit ihren Familien kaum davon leben.

- Manche arbeiten in Teilzeit: Sie haben nur einen Job für ein paar Stunden am Tag.
- Manche sind bei einer Leiharbeitsfirma angestellt. Diese Firmen vermitteln Mitarbeiter an andere Firmen für eine kurze Zeit. Für die gleiche Arbeit bekommen sie meist weniger Geld als ihre Kollegen.
- Manche müssen mehrere Jobs machen, um genug zu verdienen.
- Manche arbeiten selbstständig und ihre Auftraggeber nutzen sie oft aus. Diese Menschen sehen, dass ihre Arbeit nicht geachtet und geschätzt wird. Davon werden sie oft unglücklich und krank.

2. In unserer Gesellschaft ist eine gute Arbeit besonders wichtig. Sie bestimmt über die Teilhabe und die Menschen können leichter und besser leben.

Eine gute und menschenwürdige Arbeit für alle wird erreicht,

- wenn der Arbeitslohn zum Leben reicht,
- wenn man Rücksicht auf Alter und Gesundheit der Menschen nimmt und ihre Arbeit schätzt,
- wenn es Geld für Projekte gibt, die arbeitslose Menschen wieder in Arbeit bringen,
- wenn die Rechte von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Firma geachtet werden und wenn eine Missachtung dieser Rechte bestraft wird,
- wenn Mitarbeitende in ihrer Firma mitbestimmen und mitentscheiden können.

3. Wir brauchen eine Politik, die für lange Zeit gute Arbeit und Teilhabe für alle Menschen schafft. Dies auch, weil an immer mehr Arbeitsplätzen moderne Technik eingesetzt wird. Das nennt man Arbeit 4.0. Dadurch sparen die Firmen auch Arbeitsplätze ein und Jobs gehen verloren.

Wir brauchen:

- Einen Arbeitslohn, von dem die Menschen leben können.
- Die Möglichkeit zu wählen, wie man arbeiten will: Vollzeit oder Teilzeit.
- Abbau unsicherer Beschäftigung: Schlecht bezahlte und unsichere Arbeit wie zum Beispiel Leiharbeit soll es nicht mehr geben.
- Mehr Geld und Ideen zur Vermittlung von langzeitarbeitslosen Menschen in eine gute Arbeit. Kein Druck mehr durch ein Leben in Arbeitslosigkeit mit Hartz 4.
- Bessere Bezahlung und mehr Anerkennung für Menschen in sozialen Berufen wie Altenpflegerin und Altenpfleger, Erzieherin und Erzieher, Krankenpflegerin und Krankenpfleger.

KIRCHHE
findet
STADT